



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/X/270 - 23.11.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Die Mietvorschläge der CDU/CSU	S. 1
Faures Kampf um den Wahltermin	S. 3
Deutsche Marine unter britischem Oberbefehl	S. 5

## Armeleute-Pfennige statt sozialer Mieten

F.B. Nach den jüngsten Feststellungen des Bundesamtes für Statistik haben sich in den letzten Monaten die sogenannten Altbaumieten um 6,8 %, die Mieten für Wohnräume, die zwischen 1924 und 1948 erstellt worden sind, sogar um 10,1 % erhöht. Der Lebenshaltungskostenindex hat darauf empfindlich reagiert und ist auf 111 (1950 = 100 bzw. 1938 = 173) geklettert. Allein diese Zahlen dürften zeigen, was bevorsteht, wenn das Zweite Bundeswohnungsbeugesetz in der Form in Kraft treten sollte, wie es vorwiegend CDU und FDP im Ausschuss für Wiederaufbau und Wohnungswesen gestaltet haben:

Kernpunkt ist hierbei die künftige Miethöhe im sozialen Wohnungsbau. Die Richtsatzmieten, die heute 0,90 - 1,45 DM pro qm betragen, sollen danach durch die sogenannte "zulässige Miete" ersetzt werden, die im Grunde genommen eine Kostermiete ist. Zumal keine Obergrenze für die Miethöhe festgesetzt ist, werden damit Mietpreissteigerungen Tür und Tor geöffnet. Die CDU hat beispielsweise ihre Vorlage für Mietbeihilfen auf einen künftigen Quadratmeterpreis von 1,75 DM durchgerechnet. Niemand konnte aber bisher glaubhaft widerlegen, dass noch weit höhere Mietpreise möglich sein werden, die über 2,- DM pro qm hinausgehen.

Diese sozialdemokratischen Befürchtungen wurden von CDU und FDP immer wieder mit dem Hinweis beantwortet, für die sozial schwachen Schichten sollen Mietbeihilfen gezahlt werden. Es ist interessant, diese Mietbeihilfen einmal auf ihren sozialen Gehalt zu untersuchen.

Zunächst einmal wird eine einschneidende Beschränkung in der Wohnungsgröße vorgenommen. Nach dem CDU-Vorschlag sollen nämlich Mietbeihilfen für den sogenannten Grundhaushalt (2 Personen) nur bis zu einer Wohnfläche von 32 qm gezahlt werden. Hinzu kommen für jeden weiteren Familienangehörigen 8 qm. Eine Familie mit vier Kindern beispielsweise würde dann also die Mietbeihilfen nur bis zu einer Wohnungsgröße von 64 qm erhalten. Nach den bisherigen Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus ist aber eine solche Wohnung nur für ein Elternpaar mit einem oder zwei Kindern des gleichen Geschlechts vorgesehen, da man in eine

solche Wohnung nur ein Elternschlafzimmer und ein Kinderschlafzimmer einbauen kann. Im Grunde genommen läuft also der CDU-Vorschlag im Hinblick auf die Begrenzung der qm-Flächen auf eine Zusammenpferchung der größeren und sozial schwachen Familien hinaus. Wie dieses System mit dem weidlich strapazierten Begriff des familiengerechten Wohnungsbaues in Einklang gebracht werden kann, bleibt einfach unerfindlich. Man hat auch bisher nicht vernommen, dass sich der sogenannte "Anwalt der Familie", Bundesminister Würmeling, gegen diesen Vorschlag zur Wehr gesetzt hätte.

Ähnlich unsozial aber ist die Festlegung der sogenannten tragbaren Belastung bei der Monatsmiete. Nach einer Tabelle, die die CDU vorgelegt hat, soll beispielsweise eine sechsköpfige Familie mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 501,- DM durchaus noch in der Lage sein, 108,- DM monatliche Miete zu zahlen. Eine fünfköpfige Familie mit einem Einkommen von 501,- DM soll befähigt sein, 95,- DM Miete ohne Schwierigkeiten zu zahlen, und einen Dreipersonenhaushalt mit 301,- DM hält die CDU für finanzstark genug, um monatliche Mieten von 54,- DM erschwingen zu können.

Diese wenigen Zahlen dürften zeigen, dass man die soziale Leistungsfähigkeit bei weitem überschätzt. Hinzu kommt, dass diese Tabelle, in groben 50,- DM-Sprüngen des Einkommens vorgeht, so dass beispielsweise ein Zweipersonenhaushalt mit 200,- DM Einkommen im Monat bei einer Miethöhe von 36,- DM noch eine Beihilfe erhalten würde, bei 201,- DM aber schon völlig leer ausginge.

Es ist aber nicht allein dieses System, das zu sozialen Ärgernissen führen muss, sondern auch der bürokratische Aufwand, der die Anlage dieses Gesetzes bis zum Exzess kompliziert. Ein ganzes Heer von Beamten und Angestellten wird nämlich in Zukunft nichts anderes mehr zu tun haben, als die Einkommensverhältnisse zu kontrollieren und mit Bandmaß und Zollstock die Wohnungen auszumessen. Es sei hier nur an das Frankfurter Beispiel bei den Mietbeihilfen für Sozialerpfänger erinnert, wo eine Summe von 10 000,- DM Mietbeihilfen einen Verwaltungsaufwand von 5 000,- DM erfordert.

Noch ist es nicht zu spät, dieses System nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Den Ausweg bieten sozialdemokratische Vorschläge an, die die Mieten im sozialen Wohnungsbau so niedrig halten wollen, dass sie auch für einkommensschwache Schichten tragbar sind; d.h., man darf von dem System der Richtsatzmieten mit einer Obergrenze nicht abgehen. Dafür aber sind erhöhte Bundesmittel - die SPD hat 700 Mio DM beantragt - erforderlich. Doch gerade das ist bisher von der Partei abgelehnt worden, die die Attribute "christlich und sozial" in ihrem Parteinamen führt.

Frankreichs Regierung verliert eine Schlacht

b.v., Paris

Politik ist in Frankreich ein höchst unruhiges Geschäft: Ministerberatungen von zehn und mehr Stunden Länge, Parlamentsdebatten, die sich bis um fünf Uhr morgens hinziehen, ein dauerndes "Hinein in die Kartoffeln, heraus aus den Kartoffeln" - alles dies wirkt nach dem Prinzip der bekannten Nervensäge. Selten jedoch hat eine Regierung so starke Nervenbelastungen zu ertragen gehabt wie Edgar Faures Kabinett während der letzten drei Wochen. Und als diese Wochen überstanden waren, stellte sich heraus, dass die Regierung eine Schlacht, und keine nebensächliche, verloren hatte.

Die normale Legislaturperiode würde im Juni 1956 enden. Da jedoch die Zusammensetzung der Nationalversammlung es jeder Nachkriegsregierung bisher unmöglich gemacht hat, sich lange genug zu halten, um wirklich durchgreifende Programme durchzuführen, wollte die Regierung Edgar Faure am 18. Dezember Neuwahlen abhalten lassen. Der Hinweis darauf, dass dadurch die Kommunisten bis zu 160 Sitze ergattern würden - jetzt haben sie 95 - liess die Regierung kalt. Wenn man einigen routinierten Parlamentariern glauben darf, war es dabei weit weniger der Regierungschef Faure selbst, der auf Neuwahlen drängte und sich durch die für die KP so erfreuliche Vorberechnung nicht stören liess, als vielmehr Außenminister Antoine Pinay (rechts) und die zur katholischen, volksrepublikanischen Partei gehörenden Kabinettsmitglieder Teilgen und Robert Schuman.

KP unterstützte Regierung

Nun begann ein witziges, wenn auch gewiss nicht sehr würdiges Ballspiel. Die KP unterstützte die Regierung, weil sie natürlich lieber 160 als 95 Deputierte hätte. Andere Gruppen sprachen gegen den Wunsch der Regierung. Wahlsysteme aller Art wurden vorgeschlagen, heute dieses, morgen jenes. Dann ging ein Vorschlag, für den sich anscheinend eine Mehrheit ausgesprochen hatte, zum Rat der Republik. Die Senatoren sagten Nein. Sie machten einen anderen Vorschlag. Zu diesem Entwurf der Senatoren sagten - das geschah am vorigen Donnerstag - die Deputierten

morgens um zehn Uhr Ja. Abends um zehn Uhr hatten sie sich die Sache überlegt und sagten Nein. Und während dieses muntere Ballspiel betrieben wurde, sahen die Minister ihre Felle von dannen schwimmen: Die Zeit war zu knapp geworden, und es stand fest, dass am 18. Dezember nicht gewählt werden konnte.

Wenn es nun im Dezember nichts wird, vielleicht geht es dann im Januar? Schon erklärten Vorsichtige, im Januar könne man nicht wählen. In den Gebirgsgegenden seien die Wähler im Hochwinter nicht in der Lage, aus ihren Dörfern zu wandern, nein, der Januar eigne sich gar nicht. Andere meinten, man müsse eine Neueinteilung der Wahlkreise vornehmen. Wieder andere schlugen vor, doch wenigstens die Lenzsonne im März abzuwarten. Und ein Offenherziger erklärte, das Ganze gehe so nicht, denn es kämen dann zu viele neue Abgeordnete ins Haus.

Jetzt hat die Regierung eine Neueinteilung der Wahlkreise vornehmen lassen, und vielleicht stellt Edgar Faure noch in dieser Woche im Zusammenhang damit die Vertrauensfrage. Niemand kann voraussagen, ob ihm in diesem Falle die Nationalversammlung das Vertrauen aussprechen wird, aber jedermann kann voraussagen, dass unter solchen Umständen, bei einem solchen Hin und Her kein Kabinett, und wäre es aus den größten Politikern der Welt zusammengesetzt, eine fruchtbringende Innen- und Außenpolitik durchführen kann. Ein Ministerpräsident und ein Außenminister die nicht wissen, ob sie in der nächsten Woche noch im Amt sein werden, können sich weder auf eine langfristige Politik in Nordafrika festlegen, noch können sie, um nur noch ein anderes Beispiel zu nennen, den geplanten, schon einmal abgeblasenen Besuch Moskaus vorbereiten.

#### Das Ziel: Stärkung der Rechten

Es ist ein offenes Geheimnis, dass einer der Gründe, die den Wunsch nach vorverlegten Wahlen entstehen liessen, die nach bestimmten Systemen vorgenommen werden sollten, der ist, dass auf diese Weise eine Stärkung der Rechten und der Volksrepublikaner ermöglicht würde. Um das Ziel zu erreichen, wollte man sogar die starke Erhöhung der KP-Sitze in Kauf nehmen, denn dieses Opfer wäre leichter erträglich als die bei einem anderen Wahlsystem und ohne Vorverlegung der Wahlen zu erwartende Stärkung der sogenannten reformistischen Gruppen und der Sozialisten.

23.11.1955

Ganz besonders aber dürfte die Scheu vor einer Stärkung jener Parteien gewirkt haben, die angeblich oder wirklich eine Rückkehr des früheren Ministerpräsidenten Mendès-France an die Regierungsspitze wünschen.

Bisher steht lediglich fest, dass der Wunsch der Regierung, im Dezember wählen zu lassen und das Parlament am 2. Januar nach Hause zu schicken, nicht in Erfüllung geht. Damit haben Edgar Faure und sein starker Mann im Kabinett, Außenminister Pinay, eine Schlacht verloren, und es ist durchaus möglich, wenn auch nicht sicher, dass es den mit allen parlamentarischen Wassern gewaschenen Deputierten und Senatoren gelingt, die wirkliche Entscheidung in der Wahlfrage noch weiter hinauszuzögern oder gar die Regierung zu stürzen.

\* \* \*

#### Die Stationierung der westdeutschen NATO-Marine-Streitkräfte

R.A., Kiel

Das Hauptgewicht der künftigen westdeutschen NATO-Marine-Streitkräfte wird in der Ostsee zwischen Flensburg und Kiel liegen, wie aus Kreisen der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung und des Kieler NATO-Verbindungsstabes bekannt wird. Demnach wird Flensburg Sitz des "Befehlshabers der Seestreitkräfte Ostsee" (BSO). Dem BSO sollen 14 Marinegeschwader mit 13 000 Mann unterstellt werden. Die "vorgeschätzte Stelle" des BSO wird der britische General Sir Cecil Sugden sein, der Mitte Januar den Befehl der NATO-Region Nord in Oslo übernimmt. Eine enge Zusammenarbeit der westdeutschen Ostseestreitkräfte mit dem dänischen Admiral Quistgaard in Kopenhagen ist vorgesehen.

Im Januar soll der Stab des BSO in Flensburg, sowie des Marineabschnittskommandos Ostsee in Kiel seine Arbeit aufnehmen. Er soll den Aufbau folgender Marineverbände vorbereiten:

- 2 Zerstörerengeschwader; je Zerstörer 2200 t
- 1 U-Bootgeschwader; je U-Boot bis 300 t
- 3 Schnellbootgeschwader; je S-Boot 150 - 180 t
- 1 Hochsee-Minensuchgeschwader
- 2 Küstenminensuchgeschwader; entsprechend den ehemaligen R-Booten
- 2 schnelle Minensuchgeschwader; entsprechend den ehem. R.-Booten
- 1 Geleitgeschwader; je Geleitschiff 1000 t
- 2 Landungsgeschwader für Panzer, Geschütze und Truppentransporte

Hinzu kommen ein schneller Minenleger von 1000 t, etwa 10 Begleit- und Werkstattschiffe, sowie ein Kadettenausbildungs- und ein Segelschulschiff. Darüber hinaus soll die Marine in Schleswig-Holstein über 35 Flugzeuge für Luftaufklärung, zur Minenräumen, zur U-Bootbekämpfung, für Kurierzwecke und zur Seenotrettung erhalten.

Als künftige Marinestandorte sind neben Flensburg Kiel, Eckernförde, Neustadt und Kappeln vorgesehen. Die bewohnten und mit Industrie belegten ehemaligen Marineschulen in Flensburg-Mürwik müssen geräumt werden, denn sie sollen künftig die Marineoffiziersausbildungsschule "Marine-Akademie" aufnehmen. Für die in Eckernförde-Karlshöhe von der Landesbereitschaftspolizei belegten Kasernen sind Neubauten in Eutin entstanden, so dass die Marine in drei Monaten in Eckernförde einziehen kann.

In Kiel wurde ein neues Sozialministerium gebaut, um die ehemalige Marinesperrwaffenschule freizumachen. Weitere Behördenneubauten, darunter das eines Landwirtschaftsministeriums, sind erforderlich, denn Kiel wird Sitz eines Bereichskommandos, des Marineabchnittskommandos Ostsee, der Marineausbildung und des Marinewaffendienstes für Torpedoartillerie - und Sperrwaffeninspektionen. Im Ganzen sind fast nur für Marine-Neu- und Umbauten im Lande 65 Millionen DM "in der Verplanung" begriffen.

Die starke Massierung künftiger westdeutscher NATO-Marine an der Ostsee wird mit der Aufgabe, sie hätten alliierten und westdeutschen Landstreitkräften im Ernstfall Flankenschutz und Rückzugsdeckung zu sichern, begründet. Nur ein Drittel der westdeutschen Marine, und zwar sieben Geschwader und rund 7000 Mann, sollen an der Nordseeküste westlich Hamburgs stationiert werden. Die Marine der Weimarer Republik umfasste 15 000 Mann; die der Bundesrepublik wird 20 000 Mann stark sein.

Bote gesucht !

H.R. Annähernd 50 Personen drängten sich vor ein paar Tagen im Flur eines der Bonner Pressehäuser. Die ersten dieser Besucher waren schon um 6.00 Uhr früh, also lange vor dem üblichen Arbeitsbeginn in Bonn, zur Stelle. Was war geschehen? War eine wichtige Pressekonferenz anberaumt? Keineswegs - nur eine einfache Boten-Stelle war diesmal, nicht wie vielleicht sonst üblich, unter der Hand, sondern durch ein Inserat in der örtlichen Tageszeitung angeboten worden.

Ein Bote wurde also gesucht. Dieses Stellenangebot verursachte, unverständlich für so viele, einen solchen Andrang. Etwa 50 Bewerber und das im Zeitalter der Vollbeschäftigung und angesichts der wie Pilze aus dem Boden schießenden Ämter in Bonn.

Wer kam? Zunächst einmal ältere und alte Leute, Rentner und Empfänger von Unterstützungen, die sich um hundert Mark bewegten und die sich einer bescheidenen zusätzlichen Anteil an westdeutschen "Wirtschaftswunder" erhofften. Das Gros aber waren kaufmännische Angestellte und auch früher selbständige Kaufleute, einige im Alter von 32 bis 35 Jahren, die auf Befragen erklärten, dass sie bisher wegen ihres "hohen Alters" keine Arbeit gefunden hätten. Nur ein Fünftel der Bewerber insgesamt war jünger als 38 Jahre. Dann waren da noch Schwerbeschädigte und Sowjetzonenflüchtlinge, die sich um die Stelle eines Boten bewarben. Vielleicht hat einige der Hinweis "Bundeshaus" vermuten lassen, dass sie hier einen einfachen und ruhigen Job erwarten könnten. Aber in ihrer erdrückenden Mehrzahl waren es einfach Menschen, die, obwohl arbeitswillig und arbeitsfähig, oft durch Jahre hindurch keine Gelegenheit zu regelmässiger Arbeit bekommen hatten und die gezwungen sind, in ärmlichsten Verhältnissen zu leben - sie brauchten es nicht zu versichern, man sah es ihnen an.

Sie gehörten auch nicht zu den durch die Jahreszeit bedingten Saison-Arbeitslosen, sondern zu denen, an die man sich heute nicht gerne erinnert, wenn die offizielle Parole lautet "Vollbeschäftigung erreicht".

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau